

17.10.2002 / UR

Infobrief 34/02

Finanzdienstleistungen – Kein Thema für die neue Regierung?

SPD und GRÜNE haben ihren Koalitionsvertrag veröffentlicht.

<http://www.bundesregierung.de/Regierung/-,431/Koalitionsvertrag-I.-Praeambel.htm>

„Eine Reform des Versicherungsvertragsgesetzes, Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung sowie aussagekräftige Informationen und die Verbesserung der Beratungspflicht vor allem bei Finanzdienstleistungen. Angesichts gestiegener Insolvenzrisiken bei Anbietern von Finanzdienstleistungen im Binnenmarkt sollen neben einer effektiven Aufsicht auch andere Sicherungsinstrumente (z. B. Einrichtung von Sicherungsfonds) treten.“

Dies ist schon die aussagekräftigste Stelle zu den Finanzdienstleistungen, Banken und Versicherungen. Die von den Problemen in diesem Bereich am meisten Betroffenen werden zwar in einzelnen Kapiteln gewürdigt und Hilfe angeboten. Die Rolle der Finanzdienstleistungen bleibt gleichwohl wenig beachtet.

Dabei besteht aller Grund, sich der Strukturen in diesem Bereich anzunehmen:

- Deutschland hat die größte Banken- und Versicherungskrise seit dem Ende des zweiten Weltkrieges
- Tausende von Arbeitsplätzen gehen zur Zeit bei Banken verloren.
- Die Versorgung von Kleinunternehmen, Verbrauchern und Wohnungssuchenden mit Krediten ist gefährdet.
- Prekäre Stadtteile verlieren ihre Filialen und damit die ortsnahe Kapitalversorgung.
- Die Teilnahme am Zahlungsverkehr ist nicht mehr für alle selbstverständlich.
- Die private Altersvorsorge hat die Erwartungen nicht erfüllt und droht für die Unterschichten, bei denen die Rentenkürzungen am gravierendsten sind, auszufallen.
- Überschuldung und Insolvenz ist ein steigendes Problem.
- Die Finanzberatung ist in Deutschland als einzigem EU-Land unreguliert und ohne staatlichen Qualitätsnachweis.
- Viele Anleger bangen um ihr Geld, dass sie nach unseriöser Beratung angelegt haben.
- Anlagefirmen wie die Göttinger Gruppe oder die Schneegruppe nutzen geschickt die Regelungslücke in der Finanzaufsicht.

- Das Massengeschäft der Banken wird trotz erhöhtem Bedarf zurückgefahren, automatisiert und standardisiert.
- Die Wohnungsfinanzierung stagniert und verschließt den Bauwilligen das Kapital und dem Wettbewerb alle Wege durch Langzeitverträge.
- Auf europäischer Ebene wird das Bankenmonopol diskutiert, soll die Konsumentenkreditrichtlinie renoviert, die Mittelstandsfinanzierung verbessert, die Bankenaufsicht vereinheitlicht und das Richtlinienverfahren in diesem Bereich auf Experten übertragen werden – alles Probleme, die deutsches Engagement erfordern.

Dabei sind im Bereich Finanzdienstleistungen Fortschritte gemacht worden: der Ausbau der Verbraucherinsolvenz sowie die Schuldnerberatung, die Zusammenfassung der Aufsicht, der Ausbau der Förderkredite für den Mittelstand, die Transparenzregeln im Anlagerecht, mehr Steuergerechtigkeit beim Kapitalertrag, Weiterentwicklungen in der privaten Krankenversicherung sowie beim Versicherungsvertragsgesetz, die europarechtliche Absicherung der Sparkassen und die gesetzlichen Korrekturen einer allzu verbraucher-unfreundlichen Rechtsprechung. Werden die Reformen weiter betrieben?

In dem Kapitel des Verbraucherschutzministeriums wird Verbraucherschutz weitgehend auf Schutz der Gesundheit und Information reduziert. Kein Wort zum sozialen Verbraucherschutz, zur Mitverantwortung der Wirtschaft für die Armutsbekämpfung, Bei Kleinunternehmen soll die Kreditanstalt für Wiederaufbau als Mittelstands(förder)bank das Problem lösen.

Wir haben allen Grund zur wachen Beobachtung. Der Strukturwandel im Finanzdienstleistungsbereich darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Die Auswirkungen kann man in Großbritannien studieren. Die Strukturen, die die Wirtschaft zu verlieren droht, müssen menschenfreundlicher gestaltet werden. Anreize zum Community Reinvestment, zur gleichen Versorgung und zur öffentlichen Verantwortung sind notwendig.

Im folgenden einige Auszüge aus dem Vertrag, die teilweise verstreut für die Gruppen relevant sind, bei denen das Finanzdienstleistungssystem besondere Probleme hervorruft.

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag

I. Altersvorsorge

„Wir werden die Beiträge zur Rentenversicherung durch maßvolle Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und eine weitere vertretbare Absenkung der Schwankungs-Reserve stabilisieren.“

„Wir werden bei der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur unterschiedlichen Besteuerung von Renten und Beamtenpensionen sicherstellen, dass bestehendes Vertrauen geschützt wird, indem lange Übergangszeiten eingerichtet und Doppelbesteuerungen vermieden werden.“

„Der größte Teil der Rentnerinnen und Rentner wird durch die notwendigen Änderungen auch weiterhin steuerlich nicht belastet sein. Wir werden im Sinne der nach-

gelagerten Besteuerung die Aufwendungen für die Altersvorsorge schrittweise von der Besteuerung befreien.“

II. Wohnungsfinanzierung

„Die Eigenheimzulage werden wir auf diejenigen konzentrieren, die sie wirklich brauchen: Familien mit Kindern. Die Öko-Zulage für energiesparende Bauten bleibt bestehen. „

„Die Eigenheimzulage für Alt- und Neubauten wird angeglichen und auf Familien mit Kindern konzentriert. Dabei wird weiterhin eine Ökozulage gewährt. „

„Wir werden die Bildung von Wohneigentum weiter unterstützen. Dabei werden wir die Förderung so gestalten, dass Mitnahmeeffekte weiter reduziert werden. Wir werden die Alt- und Neubauförderung angleichen und auf Familien mit Kindern konzentrieren. Eigenheimförderung und Altersvorsorge werden besser miteinander verzahnt.

„Wohnen zur Miete und Wohnen im Eigentum sind gleichberechtigte Wohnformen der Bürgerinnen und Bürger. Sie allein bestimmen darüber, für welche dieser Wohnformen sie sich entscheiden. Als gleichberechtigte dritte Wohnform soll das genossenschaftliche Wohnen weiterentwickelt werden. Dazu hat die Bundesregierung eine Expertenkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen eingesetzt.“

III. Kapitalanlage

„Wir werden sicherstellen, dass das geltende Steuerrecht insbesondere für private Veräußerungsgeschäfte und Kapital- sowie Mieterträge effektiver angewandt wird.“

„Wir wollen mehr Anlegerschutz erreichen. Wir wollen mehr Transparenz und Informationsrechte, aber auch mehr Klagerechte für Anleger durchsetzen. Wir wollen die Verantwortung und Haftung für die Vorstände und für die Wirtschaftsprüfer ausweiten. Wir wollen die Kontrollmöglichkeiten ausdehnen und effizienter gestalten, damit Bilanzskandale in Deutschland künftig vermieden werden. Deshalb wollen wir die Allfinanzaufsicht stärken“

Verbraucherschutz

„Wir messen dem Verbraucherschutz in allen Politikbereichen einen herausragenden Stellenwert bei. Wir werden die Verbraucherrechte hinsichtlich Sicherheit, Information und Wahlfreiheit in unserer nationalen Politik stärken. Wir werden zugleich darauf hinwirken, dass infolge des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsvorschriften auch EU-weit und international durchgesetzt werden. Die Verbraucher müssen umfassende Informationen erhalten, damit sie Kaufentscheidungen bewusst treffen können und vor missbräuchlichen Praktiken geschützt werden. Wir sehen in einem höheren Verbraucherschutzniveau einen wichtigen Standortvorteil für unsere Wirtschaft.

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Die Koalitionsparteien sorgen daher für eine systematische Einbeziehung der Verbraucherinteressen in alle relevanten Politikbereiche. Der Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen hat absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Grundsätzlich wollen wir mit allen gesellschaftlichen Gruppen dazu beitragen, die Wertschätzung der "Mittel zum Leben" in ihrer zentralen Bedeutung für Gesundheit und Lebensfreude wieder zu erhöhen. Der "kluge" Konsum der gut informierten Verbraucherin und des Verbrauchers spielt künftig eine immer wesentlichere Rolle.

Mit der immer weiter fortschreitenden Internationalisierung der Warenströme wird Verbraucherschutz zum wesentlichen Globalisierungsthema. Er soll als "Leitplanke" im Liberalisierungsgeschehen der globalen Märkte wirken und hat damit eine wesentliche Schutzfunktion.“

„Beim vorsorgenden Verbraucherschutz geht es um den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den wirtschaftlichen und rechtlichen Verbraucherschutz, die Verbraucherinformation und den Täuschungsschutz.“

„Wir werden eine verbraucherpolitische Gesamtstrategie entwickeln und diese konsequent an den Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichten. Wir werden einen "Aktionsplan Verbraucherschutz" erarbeiten und beginnend ab 2004 in einem **"Fortschritts-Bericht Verbraucherschutz"** über die Umsetzung Auskunft geben.

Mit einem **Verbraucherinformationsgesetz** werden wir die Informationsrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Behörden und Anbietern nachhaltig verbessern. Bei der Ausgestaltung sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Wirtschaft und effektive Selbstverpflichtungen sowie der Datenschutz zu berücksichtigen.

Es soll ein neuer Schwerpunkt **"Verbraucherschutz in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft"** geschaffen werden. Verbraucher sollen vor Fehlinformationen über Produkte, Verträge und Dienstleistungen geschützt werden und ggf. Schaden-Ersatzansprüche erhalten. Deshalb treten wir ein für mehr Verbraucherschutz beim Eigenheimkauf und -bau, erweiterte Kennzeichnung für Produkte und Dienstleistungen, eine verbraucherfreundliche Gestaltung des Telekommunikationsrechts, „eine Reform des Versicherungsvertragsgesetzes, Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung sowie aussagekräftige Informationen und die Verbesserung der Beratungspflicht vor allem bei **Finanzdienstleistungen**. Angesichts gestiegener Insolvenzrisiken bei Anbietern von Finanzdienstleistungen im Binnenmarkt sollen neben einer effektiven Aufsicht auch andere Sicherungsinstrumente (z. B. Einrichtung von **Sicherungsfonds**) treten.“

„Die **verbraucherrelevante Forschung** soll ausgebaut werden. Die Ressortforschung wird auf verbraucherrelevante Fragen ausgeweitet, an die neuen Anforderungen der Agrarpolitik konzeptionell angepasst und effizienter organisiert. Besonders die Auswirkungen von Stoffen in Lebensmitteln auf die Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sollen verstärkt untersucht werden.“

„**Unabhängige Verbraucherberatung und die Stiftung Warentest** stellen wichtige Informationen für Bürgerinnen und Bürger insbesondere bezüglich der Alltagsgeschäfte zur Verfügung. Die Stiftung soll gestärkt werden.“

IV. Armutsbekämpfung

Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit bei der Bewältigung der wichtigsten Lebensrisiken sind unsere Gestaltungsmaximen für einen modernen Sozialstaat. Sozialpolitik gerecht, innovativ, effizient und transparent gestalten - das ist Leitbild unserer Politik. Dieses Leitbild prägt auch das Gesicht unserer erfolgreich durchgeführten und der anstehenden sozialpolitischen Reformprojekte.

„Wir haben die **sozialen Sicherungssysteme** auf neue Anforderungen ausgerichtet. Mit der Rentenreform haben wir einen großen Schritt getan, die Alterssicherung langfristig zu stabilisieren. Herzstück der Reform ist die zusätzlichen Altersvorsorge, die mit dem größten Programm zum Aufbau von Altersvorsorgevermögen in der Ge-

schichte der Bundesrepublik Deutschland gefördert wird. Dies trägt dazu bei, die Lasten möglichst gerecht zwischen den Generationen zu verteilen. Sie schafft Sicherheit für die jeweils ältere und Bezahlbarkeit für die jeweils jüngere Generation. Wir halten fest an der Zielsetzung der Begrenzung und **Stabilisierung des Beitragssatzes** zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

Wir werden den begonnenen **Ausbau der zusätzlichen Altersvorsorge**, insbesondere auch der betrieblichen Altersversorgungssysteme, vorantreiben. Dabei sollen die **Erfahrungen aus der Praxis berücksichtigt** werden, die bei der Neuausrichtung der zusätzlichen Altersvorsorge gewonnen worden sind.

Wir werden bei der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur unterschiedlichen Besteuerung von Renten und Beamtenpensionen sicherstellen, dass bestehendes Vertrauen geschützt wird, indem lange Übergangszeiten eingerichtet und Doppelbesteuerungen vermieden werden. Der größte Teil der Rentnerinnen und Rentner wird durch die notwendigen Änderungen auch weiterhin steuerlich nicht belastet sein. **Wir werden die Aufwendungen für die Altersvorsorge schrittweise von der Besteuerung befreien.**

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber bis Ende 2004 Zeit gegeben, die Erziehung von Kindern bei der Bemessung der Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung zu berücksichtigen. Wir werden im Rahmen der Umsetzung dieses Urteils dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragen und die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Rentenversicherung prüfen.

Transparenz, Wirtschaftlichkeit und eine bürgerfreundliche Verwaltung stärken das Vertrauen in die Alterssicherungssysteme. Wir verbessern durch eine umfassende Organisationsreform die Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Rentenversicherung und streben Verwaltungsvereinfachungen an. Wir werden dabei die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigen und die Reform sozialverträglich ausgestalten.

Die gesetzliche Unfallversicherung muss vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Wirtschaft modernisiert werden. Deshalb werden wir die solidarische Lastenverteilung zwischen den Gewerbebranchen stärken und uns hierbei auf Vorschläge der Selbstverwaltung stützen.

Wir wollen die Weiterentwicklung der Sozialversicherungssysteme angesichts der demografischen Entwicklung, einer sinkenden Lohnquote und der zunehmenden Diskontinuität von Erwerbs- und Berufsbiografien bei Männern und Frauen prüfen. „Durch konkrete Hilfevereinbarungen und stärkere Pauschalierungen stärken wir die **Selbstverantwortung der Menschen.**“

Wir stellen sicher, dass die **Versicherungspflicht** in der Gesetzlichen Krankenversicherung für alle Sozialhilfebezieher verbindlich gilt. Rückwirkungen auf das steuerliche Existenzminimum sind dabei zu vermeiden.“

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bündeln wir die Kompetenzen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und schaffen Anreize zur Integration in das Arbeitsleben.

Die **Armuts- und Reichtumsberichterstattung** werden wir zur Grundlage für eine Politik machen, die einem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich entgegenwirkt. Deshalb werden wir die in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Berichterstattung im nationalen und europäischen Rahmen fortsetzen.

V. Mittelstand und Existenzgründer

„Wir unterstützen die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen. Im Rahmen des Programms "Kapital für Arbeit" können Unternehmen, die einen Arbeitslosen dauerhaft einstellen, ein Darlehen bis zu **100.000 € erhalten, das zur Hälfte Eigenkapital** ersetzt. Auf diese Weise verknüpfen wir aktive Mittelstands- politik mit gezielter Beschäftigungsförderung.“

„Wir werden die Selbständigkeit fördern: Mit der **Ich-AG** erhalten Arbeitslose sozial abgesichert und steuerlich begünstigt neue Möglichkeiten zur Existenzgründung. Um die Beschäftigungspotenziale der Ich-AG auszuschöpfen, wird die Bundesregierung bestehende öffentlich-rechtliche Hindernisse abbauen, wobei die Reichweite der Arbeitsinhalte der Ich-AG großzügig definiert werden soll.“

„Existenzgründer in den ersten vier Jahren von Kammerbeiträgen der Industrie- und Handelskammern freistellen; „

„Unser Land braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer. In der Wissensgesellschaft von morgen sind mehr denn je Menschen gefragt, die den Mut haben, eigene unternehmerische Ideen zu verwirklichen, Verantwortung zu übernehmen und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden deshalb mit einer neuen Gründerinitiative (Beratung und Information, Existenzgründerlehrstühle, **verbesserte Start-up-Finanzierung**) den Sprung in die berufliche Selbständigkeit fördern und begleiten. Dazu gehört auch, den unternehmerischen Generationswechsel zu erleichtern sowie den Berufszugang und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern;“

„die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank zu einem Förderinstitut zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft (**Mittelstandsbank des Bundes**) mit dem Ziel kostengünstiger Förderinstrumente zusammenlegen;“